S 13 AS 1664/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Sozialgericht München
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	SGB II - Leistungen - Rücknahme- und Erstattungsbescheid - § 45 SGB X - Anhörung von nicht mehr bestellten Betreuer - unrichtige Angaben zur Höhe der Erwerbseinkünfte und zum Beginn der Erwerbstätigkeit - Minderjährigenhaftung
Leitsätze	<p>1. Dass ein Anhörungsschreiben an den nicht mehr bestellten Betreuer adressiert wird, ist jedenfalls dann unbeachtlich, wenn das Anhörungsschreiben dem Leistungsbezieher in sonstiger Weise bekannt wird.</p> <p>2. Der Vertrauensschutz ist nach § 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 und Nr. 3 SGB X ausgeschlossen, wenn der Leistungsbezieher durchgehend vorsätzlich unrichtige Angaben zur Höhe der Erwerbseinkünfte seiner Ehefrau und falsche Angaben zum Beginn seiner Erwerbstätigkeiten gemacht hat.</p> <p>3. Die Haftung eines Kindes für Verbindlichkeiten, die die Eltern im Rahmen ihrer gesetzlichen Vertretungsmacht für das Kind begründet haben, beschränkt sich gemäß § 1629a Abs. 1 Satz 1 Hs. 1 BGB auf den Bestand des bei Eintritt der Volljährigkeit vorhandenen Vermögens des Kindes. Nach Eintritt der Volljährigkeit des Kindes ist die Volljährigkeit der für das Verwaltungsvollstreckungsverfahren zuständigen Behörde anzuzeigen und</p>

	unter Berufung auf die von Amts wegen zu berücksichtigende Einrede der Minderjährigenhaftung eine Vermögensaufstellung zu übermitteln (z.B. Kontoauszug).
Normenkette	-
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 13 AS 1664/20
Datum	29.06.2023
2. Instanz	
Aktenzeichen	-
Datum	-
3. Instanz	
Datum	-

I. Die Klage gegen den Rücknahme- und Erstattungsbescheid vom 29.04.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 21.09.2020 wird abgewiesen.

II. Der Beklagte erstattet den Klägerin 1/8 der notwendigen außergerichtlichen Kosten.

Tatbestand:

Streitig ist eine Erstattungsforderung für den Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 in Höhe von insgesamt 16.357,76 Euro.

Der am 1964 geborene Kläger zu 1), seine am 1978 geborene Ehefrau und die beiden minderjährigen Töchter, die am 2005 geborene Klägerin zu 2) sowie die am 2007 geborene Klägerin zu 3), standen im streitgegenständlichen Zeitraum mit Ausnahme der Monate November 2015 bis April 2016 sowie Oktober 2016 im laufenden Bezug von aufstockenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) beim Beklagten. Die Ehefrau des Klägers zu 1) erzielte Einkommen aus nichtselbständiger Tätigkeit als Verkäuferin bei H.. Der Kläger zu 1) ist Diplomingenieur für Gerätechnik und war im streitgegenständlichen Zeitraum wie folgt bei verschiedenen Unternehmen beschäftigt: vom 16.02.2015 bis 13.05.2015, vom 01.10.2015 bis 30.04.2016, vom 22.08.2016 bis 31.10.2016 und vom 16.07.2018 bis 30.11.2018.

Infolge des Antrags der aus Kolumbien stammenden Ehefrau des Klägers zu 1) auf Einbürgerung vom 26.05.2017 bat die Ausländerbehörde des Landratsamtes E-Stadt den Beklagten am 20.08.2018 u.a. um Informationen zur Höhe des Einkommens der Ehefrau des Klägers zu 1). In diesem Zuge wurde bekannt, dass die der Ausländerbehörde vorgelegten Lohnbescheinigungen nicht mit den dem

Beklagten vorgelegten Lohnbescheinigungen $\frac{1}{4}$ bereinstimmen. Daraufhin holte der Beklagte Bescheinigungen $\frac{1}{4}$ ber den Arbeitsverdienst der Ehefrau des Kl $\ddot{a}$ xgers zu 1) im Zeitraum von 2011 bis 2018 direkt beim Arbeitgeber H. ein.

Mit Schreiben vom 07.11.2019, adressiert an den Betreuer des Kl $\ddot{a}$ xgers zu 1), B3., h $\ddot{a}$ hlte der Beklagte den Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) zu $\ddot{a}$ berzahlungen f $\ddot{u}$ r den Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 in H $\ddot{a}$ hle von insgesamt 19.048,26 Euro (davon 8.890,38 Euro f $\ddot{u}$ r den Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) und jeweils 5.078,94 Euro f $\ddot{u}$ r die Kl $\ddot{a}$ xgerinnen zu 2) und 3)) an. Anschlie $\ddot{s}$ end wurde dem Beklagten bekannt, dass die Betreuung des Kl $\ddot{a}$ xgers zu 1) bereits mit Beschluss vom 16.10.2019 eingestellt worden war.

Mit Bescheiden vom 29.04.2020 wurden die zugrundeliegenden Bewilligungsbescheide vom 12.11.2015, 13.04.2016, 13.08.2016, 21.10.2016, 11.11.2016, 25.11.2017, 26.11.2016, 19.03.2018 und 23.05.2018 ganz oder teilweise aufgehoben und die Erstattungssumme geltend gemacht. Zur Begr $\ddot{a}$ ndung wurde ausgef $\ddot{u}$ hrt, dass h $\ddot{a}$ heres Einkommen aus Besch $\ddot{a}$ ftigung erzielt worden sei und die Kl $\ddot{a}$ xger damit in geringerer H $\ddot{a}$ hle hilfebed $\ddot{a}$ rftig seien. Die Entscheidung sei wegen arglistiger T $\ddot{a}$ xuschung, Drohung bzw. Bestechung zur $\ddot{a}$ ckzunehmen. Au $\ddot{s}$ erdem beruhe der Verwaltungsakt auf Angaben, die der Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) vors $\ddot{a}$ tzlich und grob fahrl $\ddot{a}$ ssig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollst $\ddot{a}$ ndig gemacht habe. Der Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) habe die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes gekannt. In der Selbstanzeige gegen $\ddot{u}$ ber der K. sei erkl $\ddot{a}$ rt worden, dass der Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) erstmalig im Februar 2013 bis ins Jahr 2018 das Einkommen von sich und der Kl $\ddot{a}$ xgerin zu 2) zu niedrig beziffert, Kontoausz $\ddot{u}$ ge gef $\ddot{a}$ lscht sowie falsche Angaben zum Arbeitsbeginn von verschiedenen Arbeitsstellen an den Beklagten mitgeteilt habe.

Hiergegen legte der Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) am 28.05.2020 Widerspr $\ddot{a}$ che ein, weil die Forderungen gegen $\ddot{u}$ ber den minderj $\ddot{a}$ hrigen Kl $\ddot{a}$ xgerinnen zu 2) und zu 3) nicht rechtm $\ddot{a}$ ssig, die Freibetr $\ddot{a}$ ge nicht ber $\ddot{a}$ cksichtigt worden und die Einkommensanrechnungen nicht nachvollziehbar seien. Mit Widerspruchsbescheid vom 21.09.2020 wurde die Erstattungssumme aufgrund Korrekturen in der Einkommensanrechnung um insgesamt 2.690,50 Euro gemindert und der Widerspruch im $\ddot{a}$ brigen als unbegr $\ddot{u}$ ndet zur $\ddot{a}$ ckgewiesen. Zur Begr $\ddot{a}$ ndung wurde ausgef $\ddot{u}$ hrt, dass im Einb $\ddot{a}$ rgerungsverfahren der Ehefrau des Kl $\ddot{a}$ xgers zu 1) festgestellt worden sei, dass den verschiedenen Beh $\ddot{a}$ rden verschiedene Einkommensnachweise f $\ddot{u}$ r den gleichen Zeitraum vorgelegt worden seien. Aufgrund dieser Unstimmigkeit seien Nachforschungen betrieben und Ausk $\ddot{u}$ nfte beim Arbeitgeber H. eingeholt worden. Das von diesem bescheinigte Einkommen weiche tats $\ddot{a}$ chlich von den vom Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) vorgelegten Einkommensbescheinigungen ab.

Am 08.10.2020 haben die Kl $\ddot{a}$ xger Klage zum Sozialgericht M $\ddot{u}$ nchen erhoben. Es gebe keine rechtskonforme Selbstanzeige, da sich der Rechtsanwalt A. ohne schriftliches Einverst $\ddot{a}$ ndnis und ohne g $\ddot{u}$ ltige Vollmacht als Rechtsvertreter der Kl $\ddot{a}$ xger ausgegeben habe und die $\hat{a}$ Selbstanzeige $\hat{a}$ abgegeben habe. Gegen diesen sei deshalb ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Kl $\ddot{a}$ xger zu 1) und seine Ehefrau h $\ddot{a}$ tten alle relevanten Gehalts- und Lohnnachweise vollst $\ddot{a}$ ndig

beim Beklagten eingereicht. Zudem seien die Forderungen bis 31.12.2015 bereits verjährt. Im Übrigen müssten die Kläger mehr zurückerzahlen, als sie je erhalten haben.

Die Kläger beantragen, den Rücknahme- und Erstattungsbescheid vom 29.04.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 21.09.2020 aufzuheben.

Der Beklagte beantragt,
die Klage abzuweisen.

Zur Begründung wird im Wesentlichen auf die Ausführungen im Widerspruchsbescheid verwiesen. Obwohl Urlaubs- und Weihnachtsgeldzahlungen durchaus als einmalige Einnahmen nach [§ 11 Abs. 3 SGB II](#) als Einkommen anzurechnen gewesen wären, sei aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes wegen des vergangenen Zeitraums zugunsten der Kläger von einer Abrechnung abgesehen worden. Die Verjährung betrage bei öffentlich-rechtlichen Forderungen stets 30 Jahre, im Übrigen habe der Beklagte erst im September 2018 von den Unstimmigkeiten erfahren und die Aufhebungsentscheidung erst nach Feststellung sämtlicher für die Verbescheidung notwendiger Kenntnisse am 29.04.2020 erlassen.

Im laufenden Klageverfahren ist den Klägern mit gerichtlichen Schreiben vom 01.07.2021 nach [§ 106a SGG](#) unter Fristsetzung bis 30.07.2021 aufgegeben worden, folgende Unterlagen vorzulegen:

â Kontoauszüge im Zeitraum 01.05.2015 bis 31.08.2018, aus denen sich die vom Beklagten ausbezahlten SGB II Leistungen ergeben
â Nachweise, aus denen sich die vorgetragene höhere Leistungshöhe ergibt
Hierzu teilte der Kläger mit Schriftsatz vom 12.03.2022 mit, dass Kontoauszüge aus den Jahren 2016 bis 2018 aus technischen und finanziellen Gründen nicht mehr erbringbar seien und die damalige Bank nicht mehr bekannt sei, da zu oft die Bank gewechselt werden musste. Es könnten auch keine Nachweise durch die Kläger erbracht werden, aus denen sich höhere Ansprüche gegen den Beklagten ergeben. Mit gerichtlichen Schreiben vom 19.07.2022 ist der Kläger zu 1) um Nachweise gebeten worden, dass die Kontoauszüge nicht mehr erbracht werden können (z.B. Bestätigungen der betroffenen Banken). Daraufhin hat der Kläger am 26.07.2022 telefonisch mitgeteilt, dass es ihm u.a. aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich sei, die Banken zu kontaktieren.

Am 21.06.2023 hat die mündliche Verhandlung stattgefunden. Auf die Sitzungsniederschrift wird Bezug genommen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die Gerichtsakte sowie die Verwaltungsakte des Beklagten verwiesen.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e :

Die Klage ist zulässig, aber unbegründet und hat daher keinen Erfolg.

Streitgegenstand ist eine Erstattungsforderung betreffend den Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 (mit Ausnahme der Monate November 2015 bis April 2016 sowie Oktober 2016) in Höhe von insgesamt 16.357,76 Euro. Davon entfallen 7.671,48 Euro auf den Kläger zu 1) und jeweils 4.343,14 Euro auf die Klägerinnen zu 2) und zu 3).

Die Klage ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht erhoben. In der Klageschrift vom 08.10.2020 wird zwar zunächst nur der Widerspruchsbescheid vom 24.09.2020 betreffend die Erstattungsforderung gegen die Ehefrau des Klägers zu 1) für den gleichen Zeitraum in Höhe von 7.671,45 Euro benannt. Jedoch wurde bereits der Widerspruchsbescheid vom 21.09.2020 mitgeschickt und im Schriftsatz des Klägers zu 1) vom 14.10.2020 auch (noch innerhalb der Klagefrist) explizit aufgeführt.

Allerdings ist die Klage unbegründet, weil der Rücknahme- und Erstattungsbescheid vom 29.04.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 21.09.2020 rechtmäßig ist und die Kläger nicht in ihren Rechten verletzt. Der Beklagte war berechtigt, die Leistungsbewilligung für die Zeit von Mai 2015 bis August 2018 (teilweise) zurückzunehmen, und die Kläger sind verpflichtet, den vom Beklagten geforderten Betrag in Höhe von 16.357,76 Euro zu erstatten.

Rechtsgrundlage für die Rücknahmeentscheidung im Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 ist [Â§ 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II](#), [Â§ 330 Abs. 3 Abs. 3 Satz 1](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) i.V.m. [Â§ 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und Nr. 3](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), da die maßgeblichen Bewilligungs- und Änderungsbescheide vom 12.11.2015, 13.04.2016, 13.08.2016, 21.10.2016, 11.11.2016, 25.11.2017, 26.11.2016, 19.03.2018 und 23.05.2018 aufgrund der tatsächlich höheren monatlichen Erwerbseinkünfte der Ehefrau des Klägers zu 1) aus ihrer Tätigkeit bei H. bereits zum Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe rechtswidrige Begünstigungen bewirkten.

Der Rücknahme- und Erstattungsbescheid vom 29.04.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 21.09.2020 ist formell rechtmäßig. Vor dessen Erlass hat der Beklagte die Kläger ordnungsgemäß nach [Â§ 24 SGB X](#) angehört. Wenngleich das Schreiben vom 07.11.2019 an den zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bestellten Betreuer des Klägers zu 1), Joachim Breckner, adressiert war, ging das Anhörungsschreiben dem Kläger zu 1) ausweislich seines Faxes vom 18.11.2019 an den Beklagten zu. Selbst wenn man von einem Anhörungsfehler ausgehen sollte, wurde dieser jedenfalls durch den Erlass des Widerspruchsbescheids vom 21.09.2020 gemäß [Â§ 41 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 SGB X](#) geheilt, weil die Kläger bereits aus der Begründung des Verwaltungsaktes wissen konnten, welche Tatsachen entscheidungserheblich sind, sie durch die Rechtsbehelfsbelehrung auf die Widerspruchsmöglichkeit hingewiesen wurden und das Vorbringen der Kläger im Widerspruchsbescheid auch gewürdigt wurde (vgl. Schneider-Danwitz/Baumeister in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, [Â§ 41 SGB X](#), Rn. 31).

Darüber hinaus sind die Voraussetzungen von [Â§ 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II](#), [Â§ 330](#)

[Abs. 3 Abs. 3 SGB III](#) i.V.m. [Â§ 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und Nr. 3 SGB X](#) für den gesamten Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 erfüllt.

Gemäß [Â§ 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II](#), [Â§ 330 Abs. 3 Satz 1 SGB III](#) i.V.m. [Â§ 45 Abs. 1 SGB X](#) ist ein rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, nur unter den Einschränkungen des [Â§ 45 Abs. 2 bis 4 SGB X](#) ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft oder Vergangenheit zurückzunehmen. Die Rücknahme darf nur erfolgen, wenn der Berechtigte nicht auf dessen Bestand vertraut hat oder das gegebene Vertrauen nicht schutzwürdig ist. Insofern erfordert [Â§ 45 Abs. 2 SGB X](#) die Abwägung des Interesses des Betroffenen am Bestand mit der Abwägung der Interessen der durch die Sozialleistungsträger repräsentierten Allgemeinheit an die Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes (vgl. Padgog in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, Stand 17.04.2023, Â§ 45, Rn. 63).

Vorliegend ist der Vertrauensschutz nach [Â§ 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 und Nr. 3 SGB X](#) ausgeschlossen. Der Kläger zu 1) hat, wie er in der mündlichen Verhandlung selbst eingeräumt hat, gegenüber dem Beklagten durchgehend unrichtige Angaben zu der Höhe derwerbseinkünfte seiner Ehefrau sowie zweimal falsche Angaben zum Beginn seiner Erwerbstätigkeiten gemacht. Weiterhin hat er als langjährig im (aufstockenden) SGB II â Leistungsbezug Stehender die Rechtswidrigkeit der zahlreichen Bewilligungs- und Änderungsbescheide im Bewilligungszeitraum von Mai 2015 bis August 2018 gekannt. Der im Rahmen von [Â§ 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 und Nr. 3 SGB X](#) erforderliche subjektive Tatbestand ist erfüllt, denn der Kläger zu 1) hat nach den von der Kammer gewonnen Erkenntnissen vorsätzlich gehandelt. Zusätzlich zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und des Beklagten, der insbesondere umfassende Auskünfte des Arbeitgebers der Ehefrau des Klägers zu 1) eingeholt hat, hat der Kläger zu 1) in der mündlichen Verhandlung eingeräumt, aus Geldnot und Schuldenlast u.a. aus einer früheren Selbständigkeit keine korrekten Angaben gegenüber dem Beklagten gemacht und zudem zweimal den Arbeitsbeginn um zwei Wochen verspätet angezeigt zu haben. Weiterhin seien die in der Selbstanzeige vom 13.11.2018 detailliert beschriebenen Handlungen so mit dem damaligen Anwalt des Klägers zu 1) besprochen worden. Das Gericht erachtet es mithin als erwiesen, dass der Kläger zu 1) erkannt hat und wusste, dass die der Bedarfsgemeinschaft im Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 bewilligten SGB II â Leistungen aufgrund höherer eigener Erwerbseinkünfte nicht in dem gewählten Umfang zustanden. Anhaltspunkte dafür, dass die SGB II â Leistungen nicht in der vom Beklagten gewählten Höhe ausgezahlt worden seien oder dass den Klägern höhere Grundsicherungseinstellungen zugestanden hätten, bestehen nicht. Abgesehen davon, dass der klägerische Vortrag insoweit nicht in der mündlichen Verhandlung wiederholt wurde, fehlt es jedenfalls an (nach [Â§ 106a SGG](#) seitens des Gerichts angeforderten) Nachweisen der Kläger. Dass sich der Kläger zu 1) insgesamt in einer nachvollziehbar schwierigen gesundheitlichen und familiären Situation befunden hat, lässt keine andere Bewertung zu, zumal die Geschäftsfähigkeit des Klägers zu 1) trotz der zeitweise bestehenden Betreuung gegeben war.

Die KlÄgerinnen zu 2) und zu 3) mÄssen sich das Verhalten des KlÄgers zu 1) im VerhÄltnis zwischen Elternteil und minderjÄhrigen Kindern gemÄss [Ä§ 1629 Abs. 1](#) BÄrgerliches Gesetzbuch (BGB) zurechnen lassen (vgl. SchÄtze in: SchÄtze, SGB X, 9. Aufl. 2020, Ä§ 45, Rn. 59).

Weiterhin ist auch die fÄr die Vergangenheit zu beachtende Jahresfrist des [Ä§ 45 Abs. 4 Satz 2 SGB X](#) eingehalten. Demnach muss die BehÄrde aus GrÄnden der Rechtssicherheit die RÄcknahme- bzw. Aufhebungsentscheidung innerhalb von einem Jahr nach Kenntnis der Tatsachen verfÄgen, die zur RÄcknahme bzw. Aufhebung berechtigen. Die den Beginn der Jahresfrist bestimmende Kenntnis ist dann anzunehmen, wenn mangels vernÄftiger, objektiv gerechtfertigter Zweifel eine hinreichend sichere Informationsgrundlage bezÄglich sÄmtlicher fÄr die RÄcknahmeentscheidung notwendiger Tatsachen besteht. Hierbei ist hinsichtlich der erforderlichen Gewissheit Äber Art und Umfang der entscheidungserheblichen Tatsachen in erster Linie auf den Standpunkt der BehÄrde abzustellen, es sei denn, deren sichere Kenntnis liegt bei objektiver Betrachtung bereits zu einem frÄheren Zeitpunkt vor (vgl. PadÄ in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, Stand 17.04.2023, Ä§ 45, Rn. 111). Kennt eine BehÄrde die Tatsachen, die die Rechtswidrigkeit des Ausgangsverwaltungsaktes begrÄnden, muss sie innerhalb eines Jahres mit der Ermittlung der subjektiven Voraussetzungen einer RÄcknahme beginnen, insbesondere das AnhÄrungsverfahren einleiten (vgl. LSG Schleswig-Holstein, Urteil vom 19.11.2023 â L 7 R 3/11). Im vorliegenden Fall waren sÄmtliche fÄr die RÄcknahmeentscheidung betreffend den Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 erforderlichen Tatsachen nicht schon mit der Anfrage der AuslÄnderbehÄrde des Landratsamts Ebersberg am 20.08.2018 bekannt, sondern erst mit Einholung der AuskÄnfte der ArbeitgeberÄ H., M. und F. am 22.11.2018 bzw. 13.02.2019 bekannt. Am 07.11.2019 bzw. spÄtestens 18.11.2019 (vgl. oben) und damit innerhalb eines Jahres nach Kenntnis der Tatsachen fÄhrte der Beklagte die AnhÄrung beim KlÄger zu 1) durch. Mithin war die Jahresfrist des [Ä§ 45 Abs. 4 Satz 2 SGB X](#) noch nicht verstrichen.

Das Erstattungsverlangen des Beklagten findet seine Grundlage in [Ä§ 40 Abs. 1 Satz 1 SGB II](#) i.V.m. [Ä§ 50 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#). Bei BerÄcksichtigung der tatsÄchlichen EinkÄnfte der Ehefrau des KlÄgers zu 1) und des in zwei FÄllen frÄheren Arbeitsbeginns des KlÄgers zu 1) reduziert sich der Leistungsanspruch. Die Berechnung der RÄckforderungssumme fÄr den gesamten Zeitraum von Mai 2015 bis August 2018 ergibt sich aus dem angefochtenen RÄcknahme- und Erstattungsbescheid vom 29.04.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 21.09.2020 und weist keine Fehler auf, insbesondere wurden die FreibetrÄge zutreffend berÄcksichtigt. AuÄerdem hat der Beklagte zugunsten der KlÄger auf die Anrechnung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes der Ehefrau des KlÄgers zu 1) verzichtet, so dass sich die Erstattungsforderungen im Rahmen des Widerspruchsverfahrens von 8.890,38 Euro um 1.218,90 Euro auf 7.671,48 Euro fÄr den KlÄger zu 1) sowie jeweils von 5.078,94 Euro um 735,80 Euro auf 4.343,14 Euro fÄr die KlÄgerinnen zu 2) und zu 3) reduziert haben. Zu erwÄhnen ist zudem, dass der Beklagte gegenÄber den KlÄgern im Zeitraum von 2013 bis April 2015 Äberhaupt keine ErstattungsansprÄche geltend

gemacht hat.

Schließlich ist auch keine Verjährung der Erstattungsforderung eingetreten. Die nach [Â§ 40 Abs. 1 Satz 1 SGB II](#) i.V.m. [Â§ 50 Abs. 4 SGB X](#) geltende Frist von vier Jahren wurde durch Erhebung der Klage nach [Â§ 204 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2](#) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) gehemmt.

Im Hinblick auf das dem gerichtlichen Verfahren nachfolgende Verwaltungsvollstreckungsverfahren wird im Hinblick auf die am 28.07.2023 volljährig werdende Klägerin zu 2) sowie die am 01.02.2025 volljährig werdende Klägerin zu 3) ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Haftung von Kindern für Verbindlichkeiten, die die Eltern im Rahmen ihrer gesetzlichen Vertretungsmacht für das Kind begründet haben, gemäß [Â§ 1629a Abs. 1 Satz 1 Hs. 1 BGB](#) auf den Bestand des bei Eintritt der Volljährigkeit vorhandenen Vermögens des Kindes beschränkt (sog. Einrede der Minderjährigenhaftung). Nach Eintritt der Volljährigkeit der Klägerinnen zu 2) und zu 3) ist dem für die Eintreibung von Forderung zuständigen Inkasso-Service der Bundesagentur für Arbeit die Volljährigkeit anzuzeigen und unter Berufung auf die von Amts wegen zu berücksichtigende Einrede der Minderjährigenhaftung eine Vermögensaufstellung zu ermitteln (z.B. Kontoauszug).

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung von [Â§ 193 SGG](#) und folgt dem Ergebnis in der Sache. Die Kostenentscheidung berücksichtigt nach dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Kostenentscheidung auch die Kosten des Vorverfahrens, hier die Kostenentscheidung des Beklagten im Widerspruchsbescheid vom 21.09.2023 (vgl. B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl. 2020, [Â§ 193](#), Rn. 2, 5a).

1. Dass ein Anrufschreiben an den nicht mehr bestellten Betreuer adressiert wird, ist jedenfalls dann unbeachtlich, wenn das Anrufschreiben dem Leistungsbezieher in sonstiger Weise bekannt wird.

2. Der Vertrauensschutz ist nach [Â§ 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 und Nr. 3 SGB X](#) ausgeschlossen, wenn der Leistungsbezieher durchgehend vorsätzlich unrichtige Angaben zur Höhe der Erwerbseinkünfte seiner Ehefrau und falsche Angaben zum Beginn seiner Erwerbstätigkeiten gemacht hat.

3. Die Haftung eines Kindes für Verbindlichkeiten, die die Eltern im Rahmen ihrer gesetzlichen Vertretungsmacht für das Kind begründet haben, beschränkt sich gemäß [Â§ 1629a Abs. 1 Satz 1 Hs. 1 BGB](#) auf den Bestand des bei Eintritt der Volljährigkeit vorhandenen Vermögens des Kindes. Nach Eintritt der Volljährigkeit des Kindes ist die Volljährigkeit der für das Verwaltungsvollstreckungsverfahren zuständigen Behörde anzuzeigen und unter Berufung auf die von Amts wegen zu berücksichtigende Einrede der Minderjährigenhaftung eine Vermögensaufstellung zu ermitteln (z.B. Kontoauszug).

Â

Erstellt am: 23.11.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024